



# AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Herausgegeben von der Zentralen Verwaltung  
Jahrgang 46 – Nr. 23 – 01.10.2020  
ISSN 1866-2862

## Inhaltsverzeichnis

---

### AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN

#### BEKANNTMACHUNGEN DER VERFASSTEN STUDIERENDENSCHAFT

|  |     |
|--|-----|
| Satzung zur Durchführung der Gremienwahlen der Verfassten Studierendenschaft (Wahlordnung der Verfassten Studierendenschaft – WahIO VS)                                | 626 |
| Erste Satzung zur Änderung der Satzung zur Durchführung der Gremienwahlen der Verfassten Studierendenschaft (Wahlordnung der Verfassten Studierendenschaft – WahIO VS) | 642 |
| Ordnung zur Zuschussvergabe in Härtefällen der Verfassten Studierendenschaft der Universität Tübingen  | 643 |

## **Satzung zur Durchführung der Gremienwahlen der Verfassten Studierendenschaft (Wahlordnung der Verfassten Studierendenschaft – WahIO VS)**

Auf Grund von § 65a Absatz 2 des Landeshochschulgesetzes (LHG) vom 1. Januar 2005 (GBl. S. 1) in der Fassung vom 1. April 2014 (GBl. S. 99), zuletzt geändert durch Art. 1 G zur Änd. des LandeshochschulG und des StudierendenerwerksG vom 24.6.2020 (GBl. S. 426) und § 23 Absatz 1 der Organisationssatzung der Studierendenschaft vom 5. August 2013 (Amtliche Bekanntmachungen Nr. 15/2013, S. 731), berichtigt durch die Satzung vom 7. Oktober 2013 (Amtliche Bekanntmachungen Nr. 20/2013, S. 949), hat der Studierenderrat der Universität Tübingen am 24. August 2020 die nachfolgende Satzung zur Durchführung der Gremienwahlen beschlossen. Das Rektorat der Universität Tübingen hat diese Satzung am 16.09.2020 gemäß § 65b Abs. 6 Satz 3 LHG genehmigt.

### **§ 1 Geltungsbereich**

Diese Satzung gilt für die Wahl der Wahlmitglieder

1. im Studierenderrat an der Universität Tübingen (§ 65 Absatz 2 LHG in Verbindung mit § 4 Abs. 2, § 9, § 22 und § 23 der Organisationssatzung der Studierendenschaft),
2. in der Fakultätsvertretung (§ 65 Absatz 2 LHG in Verbindung mit § 19, § 22 und § 23 der Organisationssatzung der Studierendenschaft),

### **§ 2 Amts- und Wahlmitgliedschaft, Rücktritt, Nachrücken**

(1) Die gleichzeitige Amts- und Wahlmitgliedschaft im selben Gremium ist ausgeschlossen. Treffen Wahlmandat und Amtsmandat zusammen, so ruht für die Amtszeit das Wahlmandat. Für diese Zeit rückt die Stellvertreterin oder der Stellvertreter (§ 31 Absatz 2 Nr. 1 und 2) nach.

(2) Der Rücktritt von einem Wahlmandat ist unter Angabe des Grundes gegenüber dem Vorsitz des jeweiligen Gremiums schriftlich zu erklären.

(3) Verliert ein gewähltes Gremienmitglied die Wählbarkeit, legt es sein Amt nieder oder scheidet es aus einem sonstigen Grund aus, tritt an diese Stelle für den Rest der Amtszeit die nächstfolgende Stellvertreterin oder der nächstfolgende Stellvertreter. Ist die Liste erschöpft, bleibt der betreffende Sitz unbesetzt.

### **§ 3 Wahlberechtigung, Wählbarkeit**

(1) Die Wahlberechtigung und die Wählbarkeit bestimmen sich nach § 65a Absatz 2 Satz 2 LHG, § 22 Absatz 3 und 4 LHG, § 25 Absatz 3 LHG, § 60 Absatz 1 LHG in Verbindung mit § 2 Absatz 2 der Organisationssatzung der Studierendenschaft.

(2) Studierende sind nur in einer Fakultät wahlberechtigt. Sie bestimmen bei ihrer Einschreibung, in welcher Fakultät sie das Wahlrecht ausüben wollen. Änderungen der Wahlfakultät sind bis zum Ende der Auslegung des Wählerverzeichnisses möglich. Das Zentrum für islamische Theologie und das Leibnizkolleg sind in dieser Wahlordnung einer Fakultät gleichgestellt und können daher je eine eigene Fakultätsvertretung wählen.

(3) Wählen und gewählt werden können nur Mitglieder, die in das Wählerverzeichnis eingetragen sind. Während einer Beurlaubung ruht bei Studierenden das aktive Wahlrecht, das passive Wahlrecht für die nächstfolgende Wahlperiode bleibt bestehen. Angenommene eingeschriebene Doktorandinnen und Doktoranden sind aktiv und passiv wahlberechtigt bei den Gremienwahlen der Verfassten Studierendenschaft.

(4) Stichtag für die Wahlberechtigung ist der 43. Tag vor der Wahl.

(5) Von der Aufstellung eines Wählerverzeichnisses kann abgesehen werden, wenn die Stimmabgabe in elektronischer Form auf dem Studierendenausweis oder auf einem anderen Medium vermerkt werden kann.

#### **§ 4 Zeitpunkt von Wahlen und Abstimmungen**

(1) Wahlen und Abstimmungen sollen innerhalb der Vorlesungszeiten und gleichzeitig mit den Wahlen zu den Organen der Universität stattfinden. Wahltage, Abstimmungszeiten und Wahllokale werden vom Studierendenrat festgelegt. Wahlen und Abstimmungen können auch an mehreren aufeinander folgenden Tagen durchgeführt werden.

(2) Wahlen zum Studierendenrat und zur Fakultätsvertretung sollen gleichzeitig durchgeführt werden. In diesem Fall können gemeinsame Wahlorgane nach § 5 gebildet werden.

#### **§ 5 Wahlorgane**

(1) Wahlorgane sind

- die Wahlkommission (Wahlausschuss)
- die Abstimmungsausschüsse
- die Wahlleitung
- der Wahlprüfungsausschuss

(2) Wahlbewerberinnen und Wahlbewerber können nicht Mitglieder oder stellvertretende Mitglieder dieser Organe sein. Vertreterinnen und Vertreter eines Wahlvorschlages, Wahlbewerberinnen und Wahlbewerber sowie Mitglieder eines Abstimmungsausschusses oder Mitglieder der Wahlleitung können nicht Mitglied des Wahlausschusses und des Wahlprüfungsausschusses sein. Wird ein zunächst bestelltes Mitglied des Wahlprüfungsausschusses in ein Gremium gewählt, so bestellt der Studierendenrat ein Ersatzmitglied.

(3) Der Studierendenrat bestellt die Mitglieder der Wahlorgane aus dem Kreis der Mitglieder der Verfassten Studierendenschaft einschließlich der MitarbeiterInnen der Verfassten Studierendenschaft, soweit es die Bestellung der Mitglieder der Abstimmungsausschüsse nicht auf die Wahlleitung überträgt. Die zu Bestellenden werden schriftlich auf die gewissenhafte und unparteiische Erledigung ihrer Aufgaben verpflichtet.

(4) Der Wahlprüfungsausschuss ist vom Studierendenrat vor dem ersten Wahltag zu bestellen. Er besteht aus vier Mitgliedern der Verfassten Studierendenschaft, darunter ein Vorsitzender oder eine Vorsitzende und drei Beisitzerinnen oder Beisitzern. Der Wahlprüfungsausschuss entscheidet mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden.

(5) Der Wahlausschuss ist die Wahlkommission nach § 23 Abs. 2 der Organisationssatzung der Studierendenschaft. Ihm obliegt die Beschlussfassung über die eingereichten Wahlvorschläge sowie die Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses. Er führt zusammen mit der Wahlleitung die Gesamtaufsicht über die Wahlen. Der Wahlausschuss besteht aus einer Vorsitzenden oder einem Vorsitzenden und mindestens zwei Beisitzerinnen oder Beisitzern. Der Wahlausschuss entscheidet mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden.

(6) In jedem Wahlraum leitet ein Abstimmungsausschuss die Abstimmung und ermittelt das Abstimmungsergebnis. Der Abstimmungsausschuss besteht aus einer Vorsitzenden oder einem Vorsitzenden und mindestens zwei Beisitzerinnen oder Beisitzern. Bei gleichzeitig stattfindenden Wahlen zu den Gremien der Universität können im Fall des § 5 Abs. 3 Satz 1 2. Halbsatz gemeinsame Abstimmungsausschüsse gebildet werden; hierüber entscheiden die jeweiligen Wahlleitungen gemeinsam.

(7) Der Studierendenrat kann den Wahlausschuss gleichzeitig mit den Aufgaben eines Abstimmungsausschusses beauftragen.

(8) Die Wahlleitung besteht aus

- a) der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter
- b) bis zu zwei stellvertretenden Wahlleiterinnen und Wahlleitern. Die Wahlleitung sichert die organisatorische und technische Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Wahlen. Sie führt die Beschlüsse des Wahlausschusses aus und nimmt an dessen Sitzungen beratend teil.

(9) Der Wahlausschuss wird vom Studierendenrat bestimmt und besteht aus mindestens drei Mitgliedern der Studierendenschaft.

## **§ 6 Bekanntmachung der Wahl**

(1) Die Wahlleitung hat die Wahl spätestens am 56. Tag vor dem Wahltag auf der Homepage des Studierendenrates und in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität bekannt zu machen. Die Bekanntmachung gilt mit Veröffentlichung auf der Homepage des Studierendenrates als erfolgt; hierauf sollen die Wahlberechtigten per Rundmail hingewiesen werden.

(2) Die Bekanntmachung muss enthalten

1. den Wahltag oder die Wahltag und die Abstimmungszeiten,
2. die Lage der Wahlräume und die Zuweisung der Wahlberechtigten zu diesen Wahlräumen,
3. die Zahl der von den einzelnen Wählergruppen zu wählenden Mitglieder und deren Amtszeit,
4. den Hinweis, dass in der Regel nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt wird, sowie den Hinweis, unter welchen Voraussetzungen Mehrheitswahl stattfindet,
5. die Aufforderung, spätestens am 35. Tag vor dem Wahltag Wahlvorschläge bei der Wahlleitung einzureichen; dabei sind Hinweise auf Form und Inhalt der Wahlvorschläge zu geben,
6. dass nur wählen kann, wer in das für die jeweilige Wahl anzulegende Wählerverzeichnis eingetragen ist,
7. dass durch persönliche Stimmabgabe im Wahlraum oder durch Briefwahl gewählt werden kann und dass jeweils nur mit amtlichen Stimmzetteln beziehungsweise bei der Briefwahl mit amtlichen Unterlagen (Wahlbrief, Stimmzettel) abgestimmt werden darf,
8. dass Briefwahlunterlagen nur bis zum dritten Arbeitstag vor dem Wahltag beantragt und ausgegeben werden können,
9. dass Wahlbewerberinnen und Wahlbewerber nicht Mitglieder oder stellvertretende Mitglieder eines Wahlorgans sein können und dass Vertreterinnen und Vertreter eines Wahlvorschlages nicht Mitglieder im Wahlausschuss und im Wahlprüfungsausschuss sein können,
10. dass Wahlberechtigte, die mehreren Wählergruppen angehören, nur in einer Wählergruppe wahlberechtigt sind. als Wählergruppen im Sinne dieser Satzung zählen die Studierenden einer Fakultät nach § 3 Abs. 2.
11. dass nur wählbar ist, wer in das Wählerverzeichnis eingetragen ist oder als beurlaubte/r Studierende/r passiv wahlberechtigt ist.

## **§ 7 Wählerverzeichnisse**

(1) Alle Wahlberechtigten sind nach Wählergruppen getrennt in Wählerverzeichnisse einzutragen. Die Aufstellung dieser elektronisch zu führenden Verzeichnisse ist Aufgabe der

Wahlleitung, die dabei von den datenführenden Stellen der Universität die erforderliche Unterstützung erhält.

(2) Die Wählerverzeichnisse in den Wahllokalen sollen, sofern sie nicht in elektronischer Form vorliegen, gebunden oder geheftet sein und Raum für folgende Angaben enthalten

1. laufende Nummer,
2. Familienname,
3. Vorname,
4. die Matrikel-Nummer,
5. die Fakultätszugehörigkeit und Zugehörigkeit zu einer Universitätseinrichtung,
6. Vermerk über Stimmabgaben,
7. Vermerk über die Ausgabe von Briefwahlunterlagen und Bemerkungen.

(3) Bei der gleichzeitigen Durchführung mehrerer Wahlen kann ein einheitliches Wählerverzeichnis für jede Wählergruppe oder Verzeichnisse für die jeweilige Fakultät (§ 6 Abs. 2 Nr. 10) aufgestellt werden, aus dem jedoch hervorgehen muss, wer für die einzelne Wahl wahlberechtigt ist.

(4) Die Wählerverzeichnisse sind vor der Auslegung vorläufig abzuschließen und von der Wahlleitung unter Angabe des Datums als richtig und vollständig zu beurkunden. Die Beurkundung ist elektronisch zu vollziehen.

(5) Zur Benachrichtigung der Gewählten werden von den datenführenden Stellen der Universität auch die Privatanschriften der Studierenden übersandt.

## **§ 8 Auslegung der Wählerverzeichnisse**

(1) Die Wählerverzeichnisse sind spätestens am 42. Tag vor dem Wahltag für fünf Arbeitstage während der Dienstzeit bei der Wahlleitung zur Einsicht durch die Wahlberechtigten zugänglich zu machen. Findet die Wahl gemeinsam mit den Wahlen zu den Organen der Universität statt, sollen die Wählerverzeichnisse bei der Wahlleitung der Universität ausgelegt werden. Das Recht zur Einsicht beschränkt sich auf die Angaben zur eigenen Person. Eine Einsicht in das gesamte Wählerverzeichnis kann nur bei Nachweis eines berechtigten Interesses gewährt werden.

(2) Die Auslegung ist bekannt zu machen. Die Bekanntmachung muss angeben

1. Ort, Dauer und Zeit der Einsichtnahme in die Wählerverzeichnisse,
2. bis zu welchem Zeitpunkt und bei welcher Stelle Berichtigungen oder Ergänzungen beantragt werden können.
3. dass nur wählen darf, wer im Wählerverzeichnis eingetragen ist,
4. dass nach Ablauf der Auslegungsfrist ein Antrag auf Berichtigung oder Ergänzung der Wählerverzeichnisse nicht mehr zulässig ist.

Diese Bekanntmachung kann gleichzeitig mit der Bekanntmachung nach § 6 erfolgen.

(3) Der Tag und die Art der Bekanntmachung sowie Ort, Beginn und Ende der Auslegung sind von der Wahlleitung zu beurkunden.

## **§ 9 Änderung der Wählerverzeichnisse**

(1) Die Wählerverzeichnisse können bis zum Ablauf der Auslegungsfrist von Amts wegen berichtigt oder ergänzt werden.

(2) Wahlberechtigte können, wenn sie ein Wählerverzeichnis für unrichtig oder unvollständig halten, dessen Berichtigung oder Ergänzung während der Dauer der Auslegung beantragen. Sie haben die erforderlichen Beweise beizubringen, sofern die behaupteten Tatsachen nicht

amtsbekannt oder offenkundig sind. Der Antrag ist schriftlich zu stellen. Über den Berichtigungsantrag entscheidet die Wahlleitung. Den Betroffenen ist vor der Entscheidung über den Antrag Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Die Entscheidung muss spätestens am 36. Tag vor dem Wahltag ergehen. Sie ist den Antragstellenden und anderen Betroffenen mitzuteilen.

(3) Nach Ablauf der Auslegungsfrist bis zum endgültigen Abschluss der Wählerverzeichnisse können Eintragungen und Streichungen nur in Vollzug von Entscheidungen im Berichtigungsverfahren vorgenommen werden.

(4) Das Wählerverzeichnis kann bis zum Tag vor dem Wahltag oder bei mehreren Wahltagen bis zum Tag vor dem ersten Wahltag von der Wahlleitung berichtigt und ergänzt werden, wenn es offensichtliche Fehler, Unstimmigkeiten oder Schreibversehen enthält.

(5) Änderungen sind als solche kenntlich zu machen und mit einem Vermerk der Wahlleitung zu versehen.

## **§ 10 Endgültiger Abschluss der Wählerverzeichnisse**

Die Wählerverzeichnisse sind spätestens am 29. Tag vor dem Wahltag unter Berücksichtigung der im Berichtigungsverfahren ergangenen Entscheidungen von der Wahlleitung endgültig abzuschließen. Dabei ist anzugeben

1. die Zahl der eingetragenen Wahlberechtigten, getrennt nach Wählergruppen,
2. die Zahl der Anträge auf Berichtigung des Wählerverzeichnisses.

## **§ 11 Wahlvorschläge**

(1) Wahlvorschläge sind, jeweils für die einzelnen Wählergruppen getrennt, spätestens am 35. Tag vor dem Wahltag bis 16.00 Uhr bei der Wahlleitung einzureichen. Wahlvorschläge dürfen nur auf amtlichen Vordrucken abgegeben werden. Sie sind mit einem Kennwort für den Wahlvorschlag zu bezeichnen.

(2) Der Wahlvorschlag muss in der Gruppe der Studierenden für den Studierendenrat und für die Fakultätsvertretung von mindestens zehn Mitgliedern unterzeichnet sein.

(3) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner eines Wahlvorschlags müssen für die betreffende Wahl und Wählergruppe wahlberechtigt sein. Ihre Angaben müssen deutlich lesbar sein. Sie müssen ihre Namen in Klarschrift wiederholen und neben der Matrikel-Nummer das Studienfach angeben. Der Wahlvorschlag soll eine Angabe darüber enthalten, wer zur Vertretung des Wahlvorschlags gegenüber dem Wahlausschuss und der Wahlleitung berechtigt ist, und wer im Fall einer Verhinderung vertretungsberechtigt ist. Fehlt eine solche Angabe, so gelten dafür die an erster und zweiter Stelle aufgeführten Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Wahlvorschlags.

(4) Wahlberechtigte dürfen nicht mehrere Wahlvorschläge für dieselbe Wahl unterzeichnen. Wurde dies nicht beachtet, ist der Name unter den zuletzt eingereichten Wahlvorschlägen zu streichen. Bewerberinnen und Bewerber können gleichzeitig Unterzeichnerinnen und Unterzeichner sein.

(5) Der Wahlvorschlag darf bei den Wahlen der Studierenden zum Studierendenrat höchstens zwanzig, zur Fakultätsvertretung höchstens dreimal so viele Bewerberinnen und Bewerber wie Plätze zur Verfügung stehen, enthalten. Für alle Bewerberinnen und Bewerber ist anzugeben

1. Familienname,
2. Vorname,
3. die Matrikel-Nummer und das Studienfach,
4. die Fakultäts- und Instituts- bzw. Seminarzugehörigkeit.

Bewerberinnen und Bewerber eines Wahlvorschlags sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen.

(6) Bewerberinnen und Bewerber dürfen sich nicht in mehrere Wahlvorschläge für die Wahl desselben Gremiums aufnehmen lassen; sie haben zu bestätigen, dass sie der Aufnahme zugestimmt haben. Sie müssen erklären, dass sie im Fall einer Wahl das Mandat annehmen und dass ihnen die Regelung des § 2 Absatz 2 bekannt ist.

(7) Die Zurücknahme von Wahlvorschlägen, von Unterschriften unter einem Wahlvorschlag oder von Zustimmungserklärungen ist nur bis zum Ablauf der Einreichungsfrist für die Wahlvorschläge zulässig.

(8) Die Wahlleitung hat auf den Wahlvorschlägen Datum und Uhrzeit des Eingangs zu vermerken. Sie prüft unverzüglich, ob die eingegangenen Wahlvorschläge vollständig sind und den gesetzlichen Anforderungen und dieser Wahlordnung entsprechen. Etwaige Mängel sind den Vertreterinnen und Vertretern des Wahlvorschlags sofort mitzuteilen und diese aufzufordern, behebbare Mängel rechtzeitig zu beseitigen. Dies kann auch per E-Mail an die angegebene Mail-Adresse erfolgen. Mängel müssen spätestens am 30. Tag vor dem Wahltag beseitigt sein.

(9) Geht von einer Wählergruppe innerhalb der Frist nach Abs. 1 kein gültiger Wahlvorschlag ein, macht die Wahlleitung dies in der gleichen Weise wie die Wahl bekannt und setzt in diesem Fall eine Nachfrist von drei Arbeitstagen für die Einreichung von Wahlvorschlägen fest. Wird bis spätestens am 32. Tag vor der Wahl bis 16 Uhr kein gültiger Wahlvorschlag eingereicht, macht die Wahlleitung bekannt, dass die Wahl in der betroffenen Wählergruppe im betroffenen Wahlbereich nicht stattfindet. Die jeweiligen Sitze bleiben unbesetzt. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn eine Wählergruppe einen oder mehrere Wahlvorschläge einreicht, die zusammen weniger Bewerberinnen oder Bewerber aufweisen, als Mitglieder zu wählen sind; in diesem Fall bleiben Sitze teilweise unbesetzt.

(10) Nach Ablauf der Einreichungsfrist nach Absatz 1 bzw. 9 können fehlende oder ungültige Unterschriften oder Zustimmungserklärungen nur innerhalb der Nachfrist nach Abs. 9 behoben werden; sind diese oder der ganze Wahlvorschlag unter einer Bedingung abgegeben, gilt dies entsprechend.

(11) Die erforderlichen Unterschriften der Wahlbewerber/innen und Unterstützer/innen von Wahlvorschlägen können zunächst als Scan bzw. elektronisch eingereicht werden. Die Originale sind anschließend jedoch unverzüglich per Post oder persönlich nachzureichen.

## **§ 12 Beschlussfassung über die Wahlvorschläge**

(1) Der Wahlausschuss entscheidet spätestens am 26. Tag vor dem Wahltag über die Zulassung der eingereichten Wahlvorschläge. Zurückzuweisen sind Wahlvorschläge, die

1. nicht rechtzeitig eingereicht worden sind,
2. eine Bedingung oder einen Vorbehalt enthalten oder sich nicht auf die verlangten Angaben beschränken,
3. nicht zweifelsfrei erkennen lassen, für welche Wählergruppe sie gelten sollen,
4. nicht ordnungsgemäß, insbesondere nicht von der erforderlichen Zahl Wahlberechtigter unterzeichnet sind,
5. die Vorgaben des § 11 Abs. 5 nicht erfüllen.

(2) Fehlt ein Kennwort oder enthält der Wahlvorschlag ein Kennwort, das Anlass zu Verwechslungen mit dem Kennwort einer Gruppe, deren Wahlvorschlag früher eingereicht worden ist oder das aus anderen Rechtsgründen unzulässig ist, erhält der Wahlvorschlag den Namen der ersten Bewerberin beziehungsweise des ersten Bewerbers. Überlange Kennwörter können gekürzt werden.

(3) In den Wahlvorschlägen sind diejenigen Bewerberinnen und Bewerber zu streichen,

1. die so unvollständig bezeichnet sind, dass Zweifel über ihre Person bestehen können,
2. deren Zustimmungserklärung fehlt oder nicht rechtzeitig oder unter einer Bedingung eingegangen ist,
3. die in mehreren Wahlvorschlägen für die Wahl desselben Gremiums aufgeführt sind,
4. die ihre Zustimmungserklärung vor Ablauf der Einreichungsfrist zurückgezogen haben oder
5. die nicht wählbar sind.

(4) Über die Sitzung des Wahlausschusses ist eine Niederschrift aufzunehmen, die die gefassten Beschlüsse und ihre Begründungen enthält. Sie ist von der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden des Ausschusses und von der Wahlleitung zu unterzeichnen.

(5) Wird ein Wahlvorschlag zurückgewiesen, ein Kennwort geändert oder nach Absatz 2 vergeben oder eine Bewerberin oder ein Bewerber gestrichen, so sind diese Entscheidungen den Vertreterinnen und Vertretern des Wahlvorschlags sowie den betroffenen Bewerberinnen und Bewerbern unverzüglich mitzuteilen. Dies kann auch per E-Mail an die angegebene Mail-Adresse erfolgen.

### **§ 13 Bekanntmachung der Wahlvorschläge**

(1) Spätestens am 14. Arbeitstag vor dem ersten Wahltag gibt die Wahlleitung der Verfassten Studierendenschaft die zugelassenen Wahlvorschläge in Zusammenarbeit mit der Wahlleitung der Universität hochschulöffentlich bekannt und weist die Wahlberechtigten auf diese Bekanntmachung geeignet (bspw. per Rundmail) hin.

(2) Die Bekanntmachung hat für jede Wahl und Wählergruppe zu enthalten

1. die zugelassenen Wahlvorschläge in der Reihenfolge des Eingangs sowie die Bestimmungen über die Art der Wahl (§§ 14 und 15),
2. den Hinweis, dass nur mit amtlichen Stimmzetteln gewählt werden darf,
3. die Bestimmungen über die Art der Wahl,
4. den Hinweis, dass keine Wahl stattfindet, wenn kein gültiger Wahlvorschlag eingereicht wird.

### **§ 14 Verhältniswahl**

(1) Verhältniswahl findet statt, wenn

1. von einer Wählergruppe vier oder mehr Vertreterinnen oder Vertreter zu wählen sind und
2. von dieser Wählergruppe mindestens zwei gültige Wahlvorschläge eingereicht wurden, die zusammen mindestens zweimal so viele Bewerberinnen und Bewerber aufweisen wie Mitglieder zu wählen sind.

(2) Wählerinnen und Wähler haben so viele Stimmen, wie Mitglieder ihrer Gruppe zu wählen sind (Gesamtstimmenzahl). Sie können die Gesamtstimmenzahl auf die Bewerberinnen und Bewerber der Wahlvorschläge verteilen und einer Bewerberin oder einem Bewerber bis zu zwei Stimmen geben.

(3) Die Wählerinnen und Wähler sollen unter Beachtung der Gesamtstimmenzahl so abstimmen, dass sie auf dem Stimmzettel die vorgedruckten Namen ankreuzen oder die der Bewerberin oder dem Bewerber zugeordnete Stimmzahl (höchstens zwei) durch Markieren mehrerer Ankreuzfelder kenntlich machen.

(4) Die Verteilung der Sitze erfolgt nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren.

## **§ 15 Mehrheitswahl**

(1) Mehrheitswahl mit Bindung an die vorgeschlagenen Bewerberinnen und Bewerber findet statt,

1. wenn von einer Wählergruppe weniger als vier Bewerberinnen oder Bewerber zu wählen sind,
2. wenn von einer Wählergruppe nur ein gültiger Wahlvorschlag eingereicht wurde oder
3. die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber bei mehreren Wahlvorschlägen zusammen nicht mindestens doppelt so groß ist, wie die Zahl der zu wählenden Mitglieder.

(2) Die Wahlberechtigten haben so viele Stimmen, wie Mitglieder dieser Gruppe zu wählen sind (Gesamtstimmenzahl); die Gesamtstimmenzahl kann auf die Bewerberinnen und Bewerber der Wahlvorschläge verteilt werden und einer Bewerberin oder einem Bewerber nur eine Stimme gegeben werden.

(3) Die Bewerberinnen und Bewerber mit den höchsten Stimmzahlen erhalten in der Reihenfolge dieser Zahlen einen Sitz.

## **§ 16 Wahlräume**

Die Wahlleitung bereitet die Wahlräume vor und sorgt dafür, dass die Wählerinnen und Wähler die Stimmzettel im Wahlraum unbeobachtet kennzeichnen und falten können. Für die Aufnahme der gefalteten Stimmzettel sind verschließbare Wahlurnen zu verwenden.

## **§ 17 Stimmzettel**

(1) Bei der Abstimmung dürfen nur amtliche Stimmzettel verwendet werden. Für die Herstellung der Stimmzettel ist die Wahlleitung zuständig. Sie sorgt dafür, dass in den Wahlräumen Stimmzettel in ausreichender Zahl vorgehalten werden.

(2) Der Stimmzettel darf nur die in § 11 Absatz 5 Satz 2 aufgeführten Angaben, mit Ausnahme der Matrikelnummer, oder Raum für diese Angaben sowie Angaben über die Art der Wahl entsprechend der Bekanntmachung nach § 13 und Raum für die Stimmabgabe enthalten. Die zugelassenen Wahlvorschläge werden auf dem Stimmzettel in der Reihenfolge ihres Eingangs aufgeführt. Für jede Wahl und Wählergruppe müssen gesonderte Stimmzettel in gleicher Größe und Farbe verwendet werden, die die betreffende Wahl eindeutig bezeichnen. Für die einzelnen Wahlen und Wählergruppen können Stimmzettel verschiedener Farbe verwendet werden.

## **§ 18 Briefwahl**

(1) Wahlberechtigte, die zum Zeitpunkt der Wahl verhindert sind, die Abstimmung im Wahlraum vorzunehmen, erhalten auf Antrag für die Wahl eines jeden Gremiums gesondert Briefwahlunterlagen (Stimmzettel und Wahlschein sowie die dazugehörigen Wahlbrief- und Stimmzettelumschläge). Der Wahlschein wird von der Wahlleitung ausgestellt. Er muss von der Wahlleitung gekennzeichnet und mit einem Dienstsiegel versehen sein. Die Ausgabe von Wahlscheinen und die Aushändigung oder Übersendung der Briefwahlunterlagen ist im Wählerverzeichnis zu vermerken.

(2) Der Wahlbrief muss den Vermerk "Briefwahl" tragen und mit der Anschrift der Wahlleitung versehen sein. Der Wahlbrief muss die Wählergruppe für das zu wählende Gremium und den Wahlraum erkennen lassen. Die entsprechenden Angaben sind vor der Aushändigung oder Zusendung auf dem Wahlbrief zu vermerken. Briefwählerinnen und Briefwähler sind darauf hinzuweisen, dass sie die Kosten der Rücksendung zu tragen haben. Der

Studierendenrat kann abweichend davon beschließen, die Kosten für die Rücksendung der Briefwahlunterlagen zu übernehmen.

(3) Briefwahlunterlagen können nur bis zum fünften Arbeitstag vor dem Wahltag beantragt und ausgegeben werden.

(4) Abweichend von Absatz 1 kann der Studierendenrat für einzelne Wählergruppen, für Wiederholungswahlen (§ 33 Absatz 3) ausschließlich Briefwahl anordnen. Bei angeordneter Briefwahl ist Wahltag der Tag, an dem die Wahl abgeschlossen wird.

(5) Die Ausstellung und der Versand der Briefwahlunterlagen sowie der Vermerk im Wählerverzeichnis kann abweichend von § 18 Absatz 1 auch durch die Wahlleitung der Universität erfolgen, wenn dies zwischen Wahlausschuss und Universitätsleitung vereinbart wurde.

## **§ 19 Ordnung im Wahlraum**

(1) Der Abstimmungsausschuss leitet die Abstimmung und achtet darauf, dass sie ordnungsgemäß verläuft. Der Wahlraum darf während der Abstimmungszeit nicht abgeschlossen werden; während dieser Zeit müssen mindestens zwei Mitglieder des Abstimmungsausschusses im Wahlraum anwesend sein.

(2) Die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Abstimmungsausschusses oder die Wahlleitung wahrt, unbeschadet des Hausrechts der Rektorin oder des Rektors, die Hausordnung und sorgt für die Freiheit der Wahl und die Wahrung des Wahlgeheimnisses. Die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Abstimmungsausschusses hat sich unmittelbar vor Beginn der Stimmabgabe zu überzeugen, dass die Wahlurnen leer sind; dann sind die Wahlurnen zu verschließen. Erstreckt sich die Abstimmung über mehrere Tage, so hat die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Abstimmungsausschusses die Wahlurnen so zu verschließen und zu versiegeln, dass zwischen den Abstimmungszeiten Stimmzettel oder Wahlumschläge weder eingeworfen noch entnommen werden können.

(3) Alle Wahlberechtigten haben Zutritt zum Wahlraum. Propaganda in Wort, Ton, Bild oder Schrift ist im Wahlraum nicht gestattet. Wer die Ruhe und Ordnung der Abstimmung stört, kann aus dem Wahlraum gewiesen werden. Handelt es sich bei der Störerin oder bei dem Störer um Wahlberechtigte, so ist diesen, sofern es mit der Ordnung im Wahlraum vereinbar ist, vorher Gelegenheit zur Stimmabgabe zu geben. Bei großen Räumen, z. B. Eingangshallen, Wandelhallen, ist die Abgrenzung des Wahlraums auf eine fiktive Größe, ausgerichtet auf die technische Abwicklung der Wahl, festzulegen.

(4) Die Wählerverzeichnisse können während der Abstimmung nicht eingesehen werden. Der Abstimmungsausschuss ist während der Abstimmung nicht zur Auskunftserteilung verpflichtet.

## **§ 20 Ausübung des Wahlrechts**

Wahlberechtigte können das Wahlrecht nur persönlich ausüben. Wahlberechtigte, die durch körperliche Gebrechen gehindert sind, ihre Stimme allein abzugeben, können sich der Hilfe einer Vertrauensperson bedienen.

## **§ 21 Stimmabgabe im Wahlraum**

(1) Nach dem Betreten des Wahlraums erhalten die Wahlberechtigten Stimmzettel für die jeweilige Wahl. Ohne den Wahlraum zu verlassen, begeben sie sich damit in eine Wahlkabine, füllen die Stimmzettel aus und falten ihn mehrfach so zusammen, dass keine Stimmabgabe erkennbar ist. Danach weisen sie sich am Tisch des Abstimmungsausschusses durch Vorlage des Studierendenausweises, des Beschäftigtenausweises oder auf

Verlangen auf andere Weise über ihre Person aus. Der Abstimmungsausschuss prüft die Wahlberechtigung durch Einsicht in das Wählerverzeichnis. Danach wirft die Wahlberechtigte oder der Wahlberechtigte die gefalteten Stimmzettel sofort in die jeweilige Wahlurne ein.

(2) Die Stimmabgabe wird hinter dem Namen der Wahlberechtigten in der dafür vorgesehenen Spalte des Wählerverzeichnisses vermerkt.

## **§ 22 Stimmabgabe durch Briefwahl**

(1) Bei der Briefwahl kennzeichnen die Wahlberechtigten den Stimmzettel, stecken ihn in den amtlichen Stimmzettelumschlag und verschließen diesen. Auf dem Wahlschein wird durch Unterschrift bestätigt, dass der beigefügte Stimmzettel persönlich gekennzeichnet wurde. Der Wahlschein wird mit dem verschlossenen Stimmzettelumschlag in den amtlichen Wahlbriefumschlag gelegt, der ebenfalls zu verschließen ist.

(2) Der Wahlbrief ist an die vorgedruckte Anschrift der Wahlleitung freigemacht zu übersenden oder bei der Wahlleitung abzugeben. Die Wahlleitung kann den Wahlberechtigten die Möglichkeit geben, bei persönlicher Abholung der Briefwahlunterlagen die Briefwahl an Ort und Stelle auszuüben. Dabei muss gewährleistet sein, dass der oder die Stimmzettel unbeobachtet gekennzeichnet und in den Stimmzettelumschlag und den Wahlbriefumschlag gesteckt werden können. Die Wahlleitung nimmt den Wahlbrief entgegen und bewahrt ihn bis zum Wahltag unter Verschluss auf.

(3) Die Stimmabgabe gilt als rechtzeitig erfolgt, wenn der Wahlbrief am Wahltag spätestens zwei Stunden vor dem Ende der Abstimmungszeit bei der Wahlleitung eingeht. Auf dem Wahlbrief ist der Tag des Eingangs, auf den am Wahltag eingehenden Wahlbriefen die Uhrzeit des Eingangs zu vermerken. Sind eingehende Wahlbriefe nicht verschlossen, so ist dies auf diesen Wahlbriefen zu vermerken.

(4) Die eingegangenen Wahlbriefe sind nach Anweisung der Wahlleitung unter Verschluss ungeöffnet aufzubewahren. Die Wahlleitung bestimmt den Zeitpunkt, an dem sie zur Auszählung in den Wahlräumen dem Abstimmungsausschuss auszuhändigen sind.

(5) Die Mitglieder der Abstimmungsausschüsse öffnen die eingegangenen Wahlbriefe und entnehmen den Wahlschein und den Stimmzettelumschlag oder die Stimmzettelumschläge. Die Wahlscheine werden gezählt, die Wahlscheine mit den Eintragungen im Wählerverzeichnis verglichen. Stimmzettel aus nicht zurückgewiesenen Wahlbriefen werden nach im Wählerverzeichnis vermerkter Stimmabgabe von einem Mitglied des Abstimmungsausschusses aus dem Stimmzettelumschlag entnommen und unter Wahrung des Wahlgeheimnisses unverzüglich in die entsprechende Wahlurne geworfen.

(6) Ein Wahlbrief ist zurückzuweisen, wenn

1. er nicht spätestens zwei Stunden vor dem Ende der Abstimmungszeit bei der Wahlleitung eingegangen ist,
2. er unverschlossen eingegangen ist,
3. der Stimmzettelumschlag nicht amtlich erkennbar ist, gekennzeichnet oder wenn er mit einem Kennzeichen versehen ist oder wenn er außer dem Stimmzettel einen von außen wahrnehmbaren Gegenstand enthält,
4. dem Wahlbrief kein oder kein mit der vorgeschriebenen persönlichen Versicherung versehener Wahlschein und/oder kein Stimmzettel im Stimmzettelumschlag beigefügt ist,
5. der Stimmzettel sich nicht in einem Stimmzettelumschlag befindet.

(7) In den Fällen des Absatzes 6 liegt eine Stimmabgabe nicht vor.

(8) Die zurückgewiesenen Wahlbriefe sind einschließlich ihres Inhalts auszusondern und im Falle des Absatzes 6 Nummer 1 ungeöffnet, im Übrigen ohne Öffnen des Wahlumschlags, verpackt als Anlage der Niederschrift (§ 30) beizufügen; sie sind nach der Wahlprüfung zu vernichten.

### **§ 23 Schluss der Abstimmung**

Die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Abstimmungsausschusses stellt den Ablauf der Abstimmungszeit fest. Danach dürfen nur noch die zu diesem Zeitpunkt im Wahlraum anwesenden Wahlberechtigten zur Abstimmung zugelassen werden. Haben diese abgestimmt und sind die den Abstimmungsausschuss betreffenden Wahlbriefe nach § 21 bearbeitet, erklärt die Vorsitzende oder der Vorsitzende die Abstimmung für geschlossen. Erstreckt sich die Abstimmung auf mehrere Tage, so ist an jedem Tag entsprechend zu verfahren, wobei die Wahlbriefe erst am letzten Tage vorliegen müssen. Die Vorsitzende oder der Vorsitzende hat in diesem Fall am letzten Wahltag die Gesamtabstimmung für geschlossen zu erklären.

### **§ 24 Öffentlichkeit**

Die Ermittlung und Feststellung der Abstimmungs- und Wahlergebnisse erfolgen hochschulöffentlich. Finden Ermittlung und Feststellung nicht im Wahlraum statt, ist im ursprünglichen Wahlraum auf den Auszählungsraum während der Abstimmungszeiten und für alle Wahlberechtigten deutlich erkennbar hinzuweisen.

### **§ 25 Zeitpunkt der Ermittlung der Abstimmungsergebnisse**

(1) Die Abstimmungsergebnisse werden von den Abstimmungsausschüssen unmittelbar nach Schluss der Abstimmung ermittelt (§ 29). Die Bildung von Zählgruppen, die mindestens aus zwei Mitgliedern des Abstimmungsausschusses bestehen müssen, ist zulässig.

(2) Findet die Ermittlung der Abstimmungsergebnisse in einem Wahlraum aus besonderen Gründen mit Zustimmung der Wahlleitung nicht unmittelbar nach Schluss der Abstimmung statt, so gibt die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Abstimmungsausschusses mündlich bekannt, auf welchen Zeitpunkt sie vertagt wird. In diesem Fall sind die Wahlurnen in Gegenwart des Abstimmungsausschusses zu versiegeln und in einem verschlossenen Raum aufzubewahren. In der gleichen Weise sind die Stimmzettel und die übrigen Unterlagen bei jeder Unterbrechung der Stimmzählung für die Dauer der Abwesenheit des Abstimmungsausschusses zu verwahren.

(3) Findet die Ergebnisermittlung in elektronischer Form, durch Scannen der Stimmzettel oder auf andere Art und Weise statt, muss sichergestellt sein, dass während dieses Vorgangs mindestens ein Mitglied der Wahlleitung und eine von der Wahlleitung benannte Person anwesend sind.

### **§ 26 Ermittlung der Zahl der Wählerinnen und Wähler**

Vor dem Öffnen der Wahlurnen werden alle nicht benutzten Stimmzettel vom Abstimmungstisch entfernt. Danach werden die Stimmzettel der Wahlurne entnommen und, getrennt nach den einzelnen Wählergruppen, gezählt. Ihre Zahl muss mit der Summe der Zahl der Abstimmungsvermerke im Wählerverzeichnis übereinstimmen. Ergibt sich auch nach wiederholter Zählung keine Übereinstimmung, so ist dies in der Niederschrift anzugeben und, soweit möglich, zu erläutern.

## **§ 27 Ungültige Stimmzettel**

Ungültig und bei der Ermittlung des Abstimmungsergebnisses durch den Abstimmungsausschuss nicht anzurechnen sind Stimmzettel,

1. die als nicht amtlich erkennbar sind,
2. die ganz durchgerissen oder ganz durchgestrichen sind,
3. die mit beleidigenden Bemerkungen versehen sind oder ein auf die Person der Wählerin oder des Wählers hinweisendes Merkmal enthalten,
4. aus denen sich der Wille der Wählerin oder des Wählers nicht zweifelsfrei ergibt,
5. in denen die zulässige Gesamtstimmzahl bei Verteilung der gültigen Stimmen auf mehrere Bewerberinnen und Bewerber überschritten ist,
6. die keine gültigen Stimmen enthalten.

## **§ 28 Ungültige Stimmen**

(1) Ungültige Stimmen sind bei der Ermittlung des Abstimmungsergebnisses durch den Abstimmungsausschuss nicht anzurechnen.

(2) Ungültig sind Stimmen,

1. bei denen nicht erkennbar ist, für welche Bewerberin oder für welchen Bewerber sie abgegeben wurden,
2. die für Personen abgegeben worden sind, deren Namen auf keinem zugelassenen Wahlvorschlag der Wählergruppe stehen,
3. mit denen die zulässige Häufungszahl bei Verhältniswahl von zwei Stimmen für eine Bewerberin oder einen Bewerber überschritten wird.

## **§ 29 Feststellung des Abstimmungsergebnisses**

(1) Der Abstimmungsausschuss stellt für jede Wahl und Wählergruppe die Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen und ungültigen Stimmzettel und die Zahl der gültigen Stimmen fest.

(2) Bei Verhältniswahl werden folgende Zahlen ermittelt

1. die Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen und ungültigen Stimmzettel,
2. die Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen,
3. die auf alle Bewerberinnen und Bewerber eines jeden Wahlvorschlags entfallenen gültigen Stimmen,
4. die auf die einzelnen Bewerberinnen und Bewerber entfallenen gültigen Stimmen.

Haben Wählerinnen und Wähler bei Verhältniswahl Bewerberinnen und Bewerber aus anderen Wahlvorschlägen übernommen, so sind die für diese abgegebenen Stimmen bei den Wahlvorschlägen mitzuzählen, aus denen die Bewerberinnen und Bewerber übernommen wurden.

(3) Bei Mehrheitswahl wird die Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen und ungültigen Stimmzettel und die für jede Bewerberin und jeden Bewerber sowie die insgesamt abgegebene Zahl der gültigen Stimmen ermittelt.

(4) Im Fall einer elektronischen Auszählung durch Einscannen der Stimmzettel endet die Aufgabe der Abstimmungsausschüsse mit

- Zählen der Abstimmungsvermerke im Wählerverzeichnis, getrennt nach den zu wählenden Gremien, - Sortieren der Stimmzettel nach zu wählenden Gremien,
- Erkennen ungültiger Stimmzettel entnehmen und der Niederschrift beifügen,

- Zählen der Stimmzettel, getrennt nach den zu wählenden Gremien,
- Eintragen der ermittelten Zahlen in die vorgefertigte Niederschrift,
- Einlegen der sortierten Stimmzettel in Umschläge und Übergabe an die Wahlleitung.

### **§ 30 Niederschrift über Verlauf und Ergebnis der Abstimmung, Übergabe der Unterlagen an die Wahlleitung**

(1) Über den gesamten Verlauf der Abstimmung hat der Abstimmungsausschuss eine Niederschrift anzufertigen, aus der alle für die Abstimmung und für die Ermittlung des Abstimmungsergebnisses wesentlichen Umstände hervorgehen müssen.

(2) Die Niederschrift hat in jedem Fall zu enthalten

1. die Bezeichnung des Ausschusses,
2. die Namen und Funktionen seiner Mitglieder,
3. den Tag oder die Tage, den Beginn und das Ende der Abstimmung,
4. die Zahl, getrennt für jede Wahl und Wählergruppe,
  - a) der in das Wählerverzeichnis eingetragenen Wahlberechtigten,
  - b) der Wählerinnen und Wähler,
  - c) der gültigen und ungültigen Stimmzettel,
  - d) der gültigen Stimmen,
  - e) der für jede Bewerberin oder jeden Bewerber abgegebenen gültigen Stimmen und bei Verhältniswahl die Zahl der auf die einzelnen Wahlvorschläge insgesamt entfallenen gültigen Stimmen,
5. die Versicherung der Nichteinsicht in die Stimmabgabe bei Briefwahl,
6. die Unterschriften aller Mitglieder des Abstimmungsausschusses.

(3) Der Abstimmungsausschuss übergibt nach der Ermittlung des Abstimmungsergebnisses der Wahlleitung

1. die Niederschrift,
2. die Zähllisten, die bei der Stimmenauszählung angefallen sind,
3. die Stimmzettel und Wahlbriefumschläge,
4. die Wählerverzeichnisse,
5. alle sonstigen Schriftstücke.

### **§ 31 Feststellung des Wahlergebnisses durch den Wahlausschuss**

(1) Der Wahlausschuss hat die von den Abstimmungsausschüssen und der Wahlleitung getroffenen Entscheidungen über die Gültigkeit von Stimmzetteln und Stimmen nachzuprüfen, gegebenenfalls das Ergebnis der Zählung zu berichtigen, die Entscheidungen in der Wahlniederschrift zu vermerken und die Ergebnisse zusammenzustellen.

(2) Der Wahlausschuss ermittelt die Verteilung der Sitze und stellt das Wahlergebnis folgendermaßen fest.

1. Verhältniswahl:
  - a) Die Sitze werden auf die Wahlvorschläge nach dem Verhältnis der ihnen insgesamt zugefallenen Stimmenzahlen verteilt. Dabei sind die durch Übernahme von Bewerberinnen oder Bewerbern in einen anderen Wahlvorschlag von diesem erlangten Stimmen bei seinem Wahlvorschlag mitzuzählen. Die Verteilung erfolgt in der Weise, dass diese Zahlen der Reihe nach durch 1, 2, 3, 4 usw. geteilt und von den dabei gefundenen, der Größe nach zu ordnenden Zahlen so viele Höchstzahlen

ausgesondert werden, wie Bewerberinnen oder Bewerber für die einzelne Wählergruppe zu wählen sind (d'Hondtsches Höchstzahlverfahren). Jeder Wahlvorschlag erhält so viele Sitze, wie Höchstzahlen auf ihn entfallen. Sind Höchstzahlen gleich, so entscheidet über die Reihenfolge ihrer Zuteilung das Los. Die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Wahlausschusses zieht das Los.

- b) Die bei der Wahl auf die einzelnen Wahlvorschläge nach Buchstabe a) entfallenden Sitze werden den in den Wahlvorschlägen aufgeführten Bewerberinnen und Bewerbern in der Reihenfolge der von ihnen erreichten Stimmenzahl zugeteilt. Haben mehrere Bewerberinnen oder Bewerber die gleiche Stimmenzahl erhalten, so entscheidet die Reihenfolge der Benennung im Wahlvorschlag.  
Die Bewerberinnen und Bewerber, auf die kein Sitz, aber mindestens eine Stimme entfällt, sind in der Reihenfolge der von ihnen erreichten Stimmenzahlen Stellvertreterinnen oder Stellvertreter.
- c) Enthält ein Wahlvorschlag weniger Bewerberinnen oder Bewerber, als ihm nach den auf ihn anfallenden Höchstzahlen zustehen würden, so bleiben die überschüssigen Sitze unbesetzt.

## 2. Mehrheitswahl:

Die Bewerberinnen und Bewerber erhalten in der Reihenfolge der erreichten Stimmenzahlen einen Sitz. Bei Stimmgleichheit entscheidet innerhalb desselben Wahlvorschlags die Reihenfolge der Benennung im Wahlvorschlag, ansonsten das Los. Die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Wahlausschusses zieht das Los.

Die Bewerberinnen und Bewerber, auf die kein Sitz, aber mindestens eine Stimme entfällt, sind in der Reihenfolge der von ihnen erreichten Stimmenzahlen Stellvertreterinnen oder Stellvertreter. Werden insgesamt weniger Mitglieder gewählt, als Sitze zu besetzen sind, so bleiben die überschüssigen Sitze unbesetzt.

(3) Der Wahlausschuss fertigt eine Wahl Niederschrift an. Diese hat insbesondere zu enthalten

1. die Bezeichnung des Ausschusses,
2. die Namen und Funktionen seiner Mitglieder,
3. Vermerke über gefasste Beschlüsse,
4. die Gesamtzahl, getrennt für jede Wahl und Wählergruppe,
  - a) der in die Wählerverzeichnisse eingetragenen Wahlberechtigten,
  - b) der Abstimmenden,
  - c) der gültigen und ungültigen Stimmzettel,
  - d) der gültigen Stimmen,
5. das Ergebnis der Nachprüfung von Entscheidungen über die Gültigkeit von Stimmzetteln und Stimmen,
6.
  - a) bei Verhältniswahl: die Zahl der auf die einzelnen Bewerberinnen und Bewerber und Wahlvorschläge der einzelnen Wählergruppen insgesamt entfallenen gültigen Stimmen, die Errechnung der Höchstzahlen und deren Verteilung auf die Wahlvorschläge der einzelnen Wählergruppen sowie die Verteilung der Sitze auf die einzelnen Bewerberinnen und Bewerber sowie die Feststellung der Stellvertreterinnen und Stellvertreter,
  - b) bei Mehrheitswahl: die Verteilung der Sitze auf die einzelnen Bewerberinnen und Bewerber sowie die Feststellung der Stellvertreterinnen und Stellvertreter,
7. die Unterschriften aller Mitglieder des Wahlausschusses.

Soweit die Feststellung des Wahlergebnisses in einem automatisierten elektronischen Verfahren erfolgt, ist ein vollständiger gedruckter Datensatz der Wahl Niederschrift als Anlage beizufügen, die zugleich Bestandteil der Wahl Niederschrift ist.

(4) Mit der Unterzeichnung der Wahl Niederschrift ist das Wahlergebnis festgestellt.

### **§ 32 Bekanntmachung des Wahlergebnisses, Benachrichtigung der Gewählten**

(1) Die Wahlleitung der Verfassten Studierendenschaft gibt die Namen der Gewählten, der entsprechenden Stellvertreterinnen und Stellvertreter in Zusammenarbeit mit der Wahlleitung der Universität bekannt. Die Bekanntmachung des Wahlergebnisses erfolgt hochschulöffentlich. Die Wahlberechtigten werden auf diese Bekanntmachung geeignet (bspw. per Rundmail) hingewiesen. Die Bekanntmachung hat, getrennt für jede Wahl und Wählergruppe, zu enthalten

1. die Zahl der Wahlberechtigten,
2. die Gesamtzahl der gültigen und ungültigen Stimmzettel,
3. die Gesamtzahl der gültigen Stimmen,
4. den Prozentsatz der Wahlbeteiligung,
5. bei Verhältniswahl: die auf die einzelnen Wahlvorschläge einer Wählergruppe und ihre Bewerberinnen und Bewerber entfallenen gültigen Stimmen unter Angabe der Verteilung der Sitze und die Reihenfolge der Gewählten,
6. bei Mehrheitswahl: die Namen und die Reihenfolge der Gewählten für die einzelnen Wählergruppen mit den Zahlen ihrer gültigen Stimmen.

(2) Die Wahlleitung hat die Gewählten von ihrer Wahl unverzüglich schriftlich oder durch E-Mail an die angegebene Mail-Adresse zu benachrichtigen.

### **§ 33 Wahlprüfung und Wiederholung der Wahl**

(1) Die Wahlen sind mit der Bekanntmachung des Wahlergebnisses unbeschadet der durch den Wahlprüfungsausschuss durchzuführenden Wahlprüfung gültig. Der Wahlprüfungsausschuss hat die Wahlen innerhalb von drei Monaten nach der Bekanntmachung des Wahlergebnisses zu prüfen.

(2) Gegen die Wahl kann innerhalb eines Monats nach der Bekanntmachung des Wahlergebnisses von jedem Mitglied der Studierendenschaft der Universität Tübingen unter Angabe der Gründe schriftlich Einspruch bei der Wahlleitung erhoben werden. Nach Ablauf der Einspruchsfrist können weitere Einspruchsgründe nicht mehr geltend gemacht werden.

(3) Zur Prüfung der Wahlen hat die Wahlleitung unverzüglich nach der Bekanntmachung des Wahlergebnisses alle notwendigen Unterlagen für den Wahlprüfungsausschuss bereit zu halten. Der Wahlprüfungsausschuss hat Einsichtsrecht in alle angefallenen Wahlunterlagen. Der Wahlprüfungsausschuss erstellt über das Ergebnis der Wahlprüfung eine Niederschrift und erstattet dem Studierendenrat und dem Rektorat einen Bericht über die Wahlprüfung. Hält das Rektorat auf Grund des Wahlprüfungsberichts die Feststellung des Wahlergebnisses für ungültig, so hat es dieses aufzuheben und eine neue Feststellung anzuordnen oder die Wahl ganz oder teilweise für ungültig zu erklären und insoweit eine Wiederholungswahl anzuordnen.

(4) Die Wahlen sind vom Rektorat ganz oder teilweise für ungültig zu erklären und in dem in der Entscheidung bestimmten Umfang zu wiederholen, wenn wesentliche Bestimmungen über das Wahlrecht, die Wählbarkeit oder das Wahlverfahren sowie die Sitzverteilung, verletzt worden sind und diese Verletzung zu einem fehlerhaften Wahlergebnis geführt hat oder durch diesen Verstoß das Wahlergebnis beeinflusst werden konnte. Wirkt sich ein Verstoß für die Sitzverteilung nur in einer Wählergruppe nach § 6 Abs. 2 Nr. 10 aus, ist nur diese Wahl für ungültig zu erklären und zu wiederholen.

(5) Soweit eine wahlberechtigte Person an der Ausübung ihres Wahlrechts gehindert war, weil sie nicht in das Wählerverzeichnis eingetragen war oder eine Person an der Wahl teilgenommen hat, die zwar in das Wählerverzeichnis eingetragen, aber nicht wahlberechtigt war, stellt dies keine Verletzung wesentlicher Bestimmungen im Sinne von Absatz 4 dar.

### **§ 34 Fristen und Termine**

Auf die Berechnung der in dieser Wahlordnung bestimmten Fristen finden die Vorschriften der §§ 186 bis 193 des Bürgerlichen Gesetzbuches entsprechend Anwendung. Arbeitstage im Sinne dieser Wahlordnung sind die Wochentage Montag bis Freitag mit Ausnahme der gesetzlichen Feiertage. Soweit für das Stellen von Anträgen oder das Einreichen von Vorschlägen die Wahrung einer Frist vorgeschrieben ist, läuft die Frist nach Satz 1 am letzten Tag um 16 Uhr ab. § 22 Absatz 4 bleibt unberührt. Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist ausgeschlossen.

### **§ 35 Aufbewahrung der Wahlunterlagen**

Die Wahlunterlagen sind bis zum Ablauf der Amtszeit der Gewählten aufzubewahren; § 22 Absatz 8 bleibt unberührt. Im Fall einer elektronischen Auszählung anhand eingescannter Stimmzettel können die Papier-Stimmzettel drei Monate nach der Wahlprüfung vernichtet werden. Die Stimmzettel-Dateien sind bis zum Ablauf der Amtszeit der Gewählten elektronisch zu archivieren.

### **§ 36 In-Kraft-Treten**

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Tübingen in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Wahlordnung der Verfassten Studierendenschaft vom 02. Mai 2019 außer Kraft.<sup>1</sup>

Tübingen, den 23.09.2020

---

Mona Schmidhuber (Vorsitzende)

Nach § 15 (2) der Organisationssatzung der VS allein vertretungsbefugt.

---

<sup>1</sup> Veröffentlicht in den Amtlichen Bekanntmachungen Jahrgang 45, Nr. 7, S. 230

## **Erste Satzung zur Änderung der Satzung zur Durchführung der Gremienwahlen der Verfassten Studierendenschaft (Wahlordnung der Verfassten Studierendenschaft – WahIO VS)**

Auf Grund von § 65a Absatz 2 des Landeshochschulgesetzes (LHG) vom 1. Januar 2005 (GBl. S. 1) in der Fassung vom 1. April 2014 (GBl. S. 99), zuletzt geändert durch Art. 1 G zur Änd. des LandeshochschulG und des StudierendenwerksG vom 24.6.2020 (GBl. S. 426) und § 23 Absatz 1 der Organisationssatzung der Studierendenschaft vom 5. August 2013 (Amtliche Bekanntmachungen Nr. 15/2013, S. 731), berichtigt durch die Satzung vom 7. Oktober 2013 (Amtliche Bekanntmachungen Nr. 20/2013, S. 949), hat der Studierendenrat der Universität Tübingen am 21.09.2020 die nachfolgende Änderungssatzung beschlossen. Das Rektorat der Universität Tübingen hat diese Satzung am 30.09.2020 gemäß § 65b Abs. 6 Satz 3 LHG genehmigt.

### **Artikel 1**

In § 6 Absatz 2 wird die Nummer 8 wie folgt gefasst:

„8. dass Briefwahlunterlagen nur bis zum fünften Arbeitstag vor dem Wahltag beantragt und ausgegeben werden können,“

### **Artikel 2**

Diese Änderungssatzung tritt am Tag nach der Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen in Kraft.

Tübingen, den 30.09.2020

---

Mona Schmidhuber (Vorsitzende)

Nach § 15 (2) der Organisationssatzung der VS allein vertretungsbefugt.

# **Ordnung zur Zuschussvergabe in Härtefällen der Verfassten Studierendenschaft der Universität Tübingen**

Gemäß § 65a Abs. 1 S. 1 des Gesetzes über die Hochschulen in Baden-Württemberg (Landeshochschulgesetz - LHG) vom 01. Januar 2005, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Juni 2020 (GBl. S. 426) hat der Studierendenrat (StuRa) der Universität Tübingen am 27.07.2020 die nachfolgende Ordnung beschlossen.

## **I Zuschussvergabe in Härtefällen**

### **§ 1 Geltungsbereich**

(1) Die Verfasste Studierendenschaft der Universität Tübingen vergibt in sozialen Härtefällen und Notlagen entsprechend ihres Selbstverständnisses Härtefallzahlungen an einzelne Mitglieder, wenn dies in einer unvorhergesehenen, kurzfristig eingetretenen Notlage für die Fortführung des Studiums nötig wird und für den\*die entsprechende\*n Kommiliton\*in keine andere der Situation angemessene, kurzfristige Hilfe besteht, unvermeidbare Kosten zu tragen. Entsprechende Fälle können unvorhergesehene/r bzw. kurzfristige/r Arbeitsplatzverlust, Kosten oder Exmatrikulation mit gerichtlicher Klärung sein, welche Probleme bei Mietzahlungen oder Versorgung zur Folge haben.

(2) Ein Rechtsanspruch auf einen Zuschuss besteht nicht. Grundvoraussetzung für eine Förderung ist, dass Mittel zur Verfügung stehen.

(3) Diese Mittel sind für einzelne Ausnahmefälle in Notsituationen gedacht.

(4) Die Vergabekommission nach § 4 tauscht Informationen mit anderen Vergabestellen von Härtefallzahlungen, insbesondere dem Studierendenwerk Tübingen-Hohenheim AdöR, aus. Antragsteller\*innen werden zunächst an die Stelle verwiesen, deren Förderungszweck am besten auf die individuelle Situation passt.

(5) Antragsteller\*innen sind verpflichtet, die Vergabekommission und die Mitarbeiter\*innen des Büros zu berechtigen, Informationen über die Gewährung der Förderung, wie den Namen, das Geburtsdatum und das Studienfach des\*der Geförderten und den Beginn, die Dauer und die Höhe des Zuschusses an andere Vergabestellen von sozialen Härtefallregelungen, insbesondere das Studierendenwerk Tübingen-Hohenheim AdöR, weiterzugeben, um eventuelle Doppelförderung zu prüfen und auszuschließen. Bei unabgesprochenen Doppelförderungen wird der Zuschuss widerrufen.

(6) Zudem ist der\*die Antragsteller\*in verpflichtet, die Vergabekommission und die Mitarbeiter\*innen des Büros der VS zu berechtigen, solche Informationen über die Förderung des\*der Antragstellers\*in bei anderen Vergabestellen von sozialen Härtefallregelungen, insbesondere dem Studierendenwerk Tübingen-Hohenheim AdöR, abzurufen. Beides dient der Prüfung und dem Ausschluss von Doppelförderungen.

### **§ 2 Finanzierung**

Für die Finanzierung der Härtefallzahlungen ist ein Posten im Haushalt der VS einzurichten. Der Posten ist nach Maßgabe der Haushaltslage jeweils in der Haushaltsplanung für das kommende Jahr zu berücksichtigen und entsprechend der Nutzung anzupassen.

### **§ 3 Berechnung von Zahlungen**

(1) Härtefallzahlungen werden als Zuschuss gewährt.

(2) Für Härtefallzahlungen nach § 1 Absatz 1 errechnet sich der mögliche Gesamtmaximalbetrag für eine Bewilligung an eine\*n Antragsteller\*in aus dem monatlichen BAföG-Höchstsatz (exklusive Krankenkassenzuschlag) multipliziert mit der Förderhöchstdauer nach Absatz 3. Die monatliche Höhe der Zahlungen soll den monatlichen BAföG-Höchstsatz (exklusive Krankenkassenzuschlag) nicht übersteigen. Die konkrete Höhe der Zahlungen wird von der Vergabekommission im Einzelfall festgesetzt (§ 4 Absatz 1).

(3) Eine Härtefallzahlung nach § 1 Absatz 1 kann für maximal drei Monate gewährt werden.

(4) Nach dem Empfang von Härtefallzahlungen nach § 1 Absatz 1 für die Höchstdauer bzw. nach der dritten Monatszahlung oder im maximalen Umfang muss bis zur erneuten Beantragung eine Frist von zwölf Monaten verstreichen. Haben zwischen den Monaten der Zahlungen bereits Monate ohne Zahlungen gelegen, werden diese voll auf die Frist angerechnet.

### **§ 4 Vergabekommission**

(1) Über die Vergabe und Höhe einer Härtefallzahlung und die Dauer ihrer Laufzeit entscheidet eine Vergabekommission (Härtefallkommission) in einer nicht-öffentlichen Sitzung anhand der Daten und Fakten sowie der schriftlichen Fallschilderung des\*der Antragsteller\*in.

(2) Die Vergabekommission besteht aus fünf stimmberechtigten Mitgliedern. Die Mitglieder müssen an der Universität Tübingen immatrikuliert sein. Mindestens zwei der Mitglieder sollen dem Studierendenrat angehören, mindestens zwei müssen Frauen sein. Unter den gewählten Mitgliedern der Vergabekommission sollen maximal zwei Studierende derselben Fakultät sein. Dabei gilt jede\*r Studierende als Mitglied der Fakultät, der sein\*ihr Wahlfach im Sinne der Wahlordnung zugeordnet ist. Zur Konstituierung der Kommission sind alle fünf Mitglieder notwendig.

(3) Die Vergabekommission wählt in ihrer konstituierenden Sitzung einen Vorsitz sowie einen stellvertretenden Vorsitz aus ihrer Mitte. Mindestens eine der beiden Personen muss eine Frau sein. Der Vorsitz der Kommission kann Aufgaben im Rahmen dieser Vergabeordnung an Mitglieder der Kommission delegieren. Der\*die Vorsitzende leitet die Sitzung, stellt Bescheide aus und ist für die Anweisung des Auszahlungsprozesses von Notlagenfinanzierungen gegenüber dem\*der Finanzreferent\*in verantwortlich. Kann der\*die Vorsitzende ihre\*seine Verpflichtungen nicht wahrnehmen, werden diese durch seinen\*ihre Stellvertreter\*in erfüllt.

(4) Der Studierendenrat wählt die Mitglieder im ersten Monat nach seiner Konstituierung in jeder Wahlperiode einzeln in geheimer Wahl. Die Amtszeit der Mitglieder der Vergabekommission endet mit der Wahl ihrer Nachfolger\*innen. Wiederwahl ist zulässig.

(5) Ebenso gewählt werden bis zu fünf Stellvertreter\*innen, die die Mitgliedschaft verhinderter Mitglieder der Vergabekommission in Vertretung ausüben können. Es gelten (2), Sätze 2 und 3, sowie (4) entsprechend.

(6) Die Mitgliedschaft der ordentlichen und stellvertretenden Mitglieder endet unmittelbar durch:

1. Exmatrikulation,
2. Abwahl mit einfacher Mehrheit durch den Studierendenrat (Misstrauensvotum),

3. Rücktritt, oder
4. Tod.

Im Fall des Ausscheidens eines ordentlichen Mitglieds rückt ein stellvertretendes Mitglied an dessen Stelle auf. Frei gewordene Stellen stellvertretender Mitglieder kann der Studierendenrat jederzeit nachwählen, es gelten (2), Sätze 2 und 3, sowie (4) entsprechend.

(7) Die Mitglieder der Vergabekommission sind zur Verschwiegenheit verpflichtet.

(8) Ein Mitglied der Vergabekommission darf weder beratend noch entscheidend mitwirken, wenn die Entscheidung einer Angelegenheit ihm selbst oder folgenden Personen einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann:

1. dem\*der Ehegatten\*in oder dem\*der Lebenspartner\*in nach § 1 des Lebenspartnerschaftsgesetzes
2. einem\*einer in gerader Linie oder in der Seitenlinie bis zum dritten Grad Verwandten,
3. einem\*einer in gerader Linie oder in der Seitenlinie bis zum zweiten Grad Verschwägerten oder als verschwägert Geltenden, solange die die Schwägerschaft begründende Ehe oder Lebenspartnerschaft nach § 1 des Lebenspartnerschaftsgesetzes besteht, oder einer von ihm kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen Person.
4. einer von ihm kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen Person.

Dies gilt auch, wenn das Mitglied der Kommission, sein/e\*ihr/e Ehegatte\*in, sein/e\*ihr/e Lebenspartner\*in nach § 1 des Lebenspartnerschaftsgesetzes oder ein\*e Verwandte\*r ersten Grades gegen Entgelt bei jemandem beschäftigt ist, dem\*der die Entscheidung der Angelegenheit einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann.

Die Vorschriften dieses Absatzes gelten auch nach Auflösung der Ehe, der Lebenspartnerschaft, des Verwandtschafts- oder Schwägerschaftsverhältnisses fort.

(9) Ein Mitglied der Vergabekommission, bei dem ein Sachverhalt vorliegt, der eine Befangenheit zur Folge haben kann, hat dies vor Beginn der Beratung über diesen Sachverhalt dem Vorsitz mitzuteilen. Sofern die Besorgnis zur Befangenheit beim Vorsitz besteht, hat dieser den Sachverhalt der Stellvertretung mitzuteilen. Ob ein Ausschließungsgrund vorliegt, entscheidet die Vergabekommission mit einfacher Mehrheit. Wer an der Beratung und Entscheidung nicht mitwirken darf, darf nicht an der Sitzung teilnehmen und erhält keinen Zugang zu diesen Teilen des Protokolls.

## **§ 5 Vergabeverfahren**

(1) Voraussetzung für den Empfang von Härtefallzahlungen nach § 1 Absatz 1 ist die Immatrikulation bei Antragstellung sowie während dem Bewilligungszeitraum an der Universität Tübingen. Ausnahmen sind Fälle der Exmatrikulation mit gerichtlicher Klärung.

(2) Über die Bearbeitungsreihenfolge entscheidet der Eingangszeitpunkt eines vollständigen Antrages.

(3) Voraussetzung für die Bearbeitung ist ein schriftlicher Antrag an das Büro der VS. Er muss mindestens umfassen:

1. schriftliche Auskünfte und Belege über Einnahmen und eine grobe Übersicht über erwartete Ausgaben,
2. eine Schilderung des Sachverhalts und die Auswirkungen auf das Studium,
3. eine ausdrückliche Erklärung, dass die Daten und Angaben der Wahrheit entsprechen,

4. eine ausdrückliche Erklärung, dass der\*die Betroffene auf keine Vermögensrücklagen, Unterhaltsverpflichtete oder sonstige Einnahmequellen kurzfristig zurückgreifen kann,
5. die Erklärung zur Zustimmung zum Informationsaustausch mit anderen Vergabestellen nach § 1 Absatz 5 und § 1 Absatz 6,
6. und eine aktuelle Immatrikulationsbescheinigung, die auch den aktuellen Studiengang enthält.

(4) Die Vergabekommission soll auf Einladung des Büros binnen sieben Tagen nach der Stellung eines vollständigen Antrags tagen. Die Kommission ist beschlussfähig, sofern die Mehrheit ihrer Mitglieder anwesend und stimmberechtigt sind. Für die Gewährung einer Härtefallzahlung bedarf es einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder.

(5) Die Entscheidung wird schriftlich dokumentiert und begründet.

(6) Geförderte erhalten ein Bewilligungsschreiben. Dieses beinhaltet die Entscheidung über den Bewilligungszeitraum, die Höhe und den konkreten Zweck des Zuschusses und eventuelle Auflagen. Studierende, die nicht mit einem Zuschuss gefördert werden, erhalten ein Ablehnungsschreiben, in dem die wesentlichen tatsächlichen und rechtlichen Gründe für die Entscheidung genannt werden. Nachbesserungen und erneute Anträge sind möglich. Nachgebesserte Anträge gelten als neuer Antrag.

(7) Geförderte haben alle Änderungen in den Verhältnissen, die für die Bewilligung des Zuschusses erheblich sind, unverzüglich mitzuteilen. Darüber hinaus sollen Geförderte ca. einen Monat nach der Erstförderung der Kommission unaufgefordert eine schriftliche Auskunft darüber geben, wie sich ihre weitere finanzielle Situation entwickelt hat.

(8) Die weitere Bewilligung des Zuschusses wird unverzüglich aufgehoben, wenn:

1. Der\*die Geförderte der Pflicht zur Mitteilung der Änderung der Verhältnisse nicht nachgekommen ist oder
2. die Verfasste Studierendenschaft bei der Prüfung feststellt, dass die Voraussetzungen für den Zuschuss nicht mehr fortbestehen.

(9) Ein rückwirkender Widerruf der Bewilligung ist insbesondere im Fall der Doppelförderung möglich, ferner in den Fällen, in denen die Bewilligung auf falschen Angaben des Geförderten beruht.

(10) In Fällen des Studienabbruchs oder der Studienunterbrechung wird die Bewilligung des Zuschusses mit Wirkung zum Ende des Monats widerrufen, in dem der\*die Geförderte das Studium abbricht oder unterbricht.

## **§ 6 Aufbewahrung der Unterlagen und Information**

(1) Die Akten über die Vergabe von Härtefallzuschüssen sind von den Mitarbeiter\*innen des Büros der VS gesondert zu sammeln und für mindestens 10 Jahre geschützt zu archivieren.

(2) Am Ende jedes Haushaltsjahres berichtet die Vergabekommission dem Studierendenrat. Bei der Vorbereitung dieses Berichts wird die Kommission durch die Mitarbeiter\*innen des Büros der VS unterstützt.

(3) Die Weitergabe oder Veröffentlichung personenbezogener Daten oder von Daten, die einen eindeutigen Rückschluss auf solche zulassen, ist nicht zulässig. Die Mitglieder der Vergabekommission sind in Bezug auf personenbezogene Daten oder Daten, die einen eindeutigen Rückschluss auf solche zulassen, zur Verschwiegenheit verpflichtet.

## **II Schlussbestimmungen**

### **§ 7 Inkrafttreten**

(1) Diese Vergabeordnung tritt am Tag nach ihrer Bekanntgabe in den amtlichen Bekanntmachungen der Universität Tübingen in Kraft.

(2) Abweichend von § 4 (4) wählt der Studierendenrat die Mitglieder der ersten Vergabekommission unverzüglich nach Inkrafttreten dieser Satzung.

Tübingen, den 04.08.2020

---

Mona Schmidhuber, Vorsitzende

---

Jonathan Dreusch, Vorsitzender